LOKAL DEMOKRATIE IN BIELEFELD

Drucksachen-Nr.
9764/2020-2025

Datum:
06.03.2025

An den Oberbürgermeister

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Rat der Stadt Bielefeld	06.03.2025	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes):

TOP 3.2 CDU-Antrag „Jugendamt krisenfest machen“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in Ergänzung des Antrags der CDU stellen wir folgenden Antrag:

Zusätzliche Maßnahmen zur Stabilisierung des Jugendamts und Sicherstellung der Fachkräftebindung

Das Jugendamt steht nicht nur vor der Herausforderung, neue Fachkräfte zu gewinnen, sondern auch darin, erfahrene Mitarbeiter*innen zu halten und ihnen Anreize für eine langfristige Tätigkeit zu bieten. Eine nachhaltige Personalstrategie darf sich nicht nur auf die Gewinnung neuer Kolleg*innen beschränken, sondern muss gleichermaßen die Wertschätzung, Motivation und Unterstützung der langjährigen Fachkräfte in den Fokus nehmen. Zudem müssen strukturelle Defizite, insbesondere fehlende Unterbringungsmöglichkeiten für betreute Jugendliche, angegangen werden.

Beschlussvorschlag:

1. Neben der Gewinnung neuer Fachkräfte entwickelt die Verwaltung gezielte Maßnahmen zur langfristigen Bindung erfahrener Mitarbeiter*innen. Hierzu können monetäre Anreize wie Bonuszahlungen für langjährige Mitarbeiter*innen, flexible Arbeitszeitmodelle sowie zusätzliche Unterstützung im Arbeitsalltag gehören.
2. Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept zur Entlastung erfahrener Mitarbeiter*innen bei der Einarbeitung neuer Kolleg*innen, sodass diese Aufgabe auf mehrere Schultern verteilt wird. Ziel ist es, den Frust und die Mehrbelastung durch hohe Fluktuation zu reduzieren.

3. Es wird geprüft, wie durch kommunale Mittel die bedarfsorientierte Jugendhilfe in Bielefeld verbessert werden kann. Dazu gehören:
    - Ausbau von Plätzen für intensive Jugendhilfemaßnahmen (z. B. ION Wintersheide).
    - Schaffung zusätzlicher Plätze für Mädchen und sogenannte "Systemsprenger*innen".
    - Einrichtung neuer intensivpädagogischer Angebote (wie VTO und Step-by-step) für verschiedene Altersgruppen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bedarf an geeigneten Unterbringungsplätzen für Jugendliche zu analysieren und ein Konzept zur Schaffung neuer Einrichtungen vorzulegen.
5. Die Verwaltung berichtet regelmäßig über die Auswirkungen der Maßnahmen und deren Erfolg im Hinblick auf die Reduzierung der Fluktuation und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Jugendamt.

Unterschrift:

gez. Michael Gugat